

Pressemappe zur landesweiten Demonstration:

Versammlungsgesetz NRW stoppen! Grundrechte erhalten

28.08.2021 Düsseldorf

Inhalt:

1. Pressekontakt & Website
2. Social Media-Accounts
3. Bündnissprecher:innen
4. Sprecher:innen der Demoblöcke
5. Pressemitteilung zur Demonstration am 28.08.
6. Informationen zur Demonstration (Route, Blockaufstellung, Redebeiträge, Hygienekonzept)
7. Informationen zum Bündnis, Aufruf & Unterstützer:innen
8. Weitere Pressemitteilungen des Bündnisses

1. Pressekontakt:

- Mobil: 0157 36664599
- E-Mail: presse@nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de

Alle Informationen unter: www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de

2. Social Media-Accounts (mit Live-Updates während der Demo)

- Facebook: <https://www.facebook.com/VersGNRWstoppen/>
- Twitter: <https://twitter.com/VersGNRWstoppen>
- Instagram: <https://www.instagram.com/versammlungsgesetznrwstoppen/>
- Hashtags: #VersGNRWstoppen #NoVersGNRW #Dus2808

3. Bündnissprecher:innen

- Gizem Koçkaya
- Lola Münch
- Sam Gruber

4. Sprecher:innen der Demoblöcke

- Vivi Hoffmann für den Klimablock
- Lisa Isabell Wiese für den Gewerkschaftsblock
- Felix Oekentorp für den Friedensblock
- Amid Rabieh für den Block von DIE LINKE. NRW
- Pauline Schur für den Jugendblock

5. Pressemitteilung vom 25.08. zur Demonstration am 28.08.2021

+++ Noch keine Reaktion von Reul auf Polizeigewalt
+++ Jetzt erst recht! Erneute Großdemo am 28. August

Das Bündnis "Versammlungsgesetz NRW stoppen - Grundrechte erhalten!" ruft für Samstag, den 28. August 2021, 13:00 Uhr im Rheinpark an den Rheinterrassen, erneut zur Großdemonstration in Düsseldorf gegen das geplante Versammlungsgesetz auf. Das Landesversammlungsgesetz für NRW würde die bisher geltenden Regelungen des Bundesversammlungsgesetz ersetzen und damit massiv die Grundrechte aushöhlen.

Bei der ersten Demonstration im Juni ging die Polizei massiv gegen den Protest vor und kesselte hunderte Teilnehmer:innen stundenlang ein. Gegen diesen rechtswidrigen Einsatz hat das Bündnis bereits Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Derweil haben sich die Gewerkschaften ver.di NRW und die IG-BAU Rheinland dem Bündnis angeschlossen, da das geplante Versammlungsgesetz auch aus Arbeitnehmer:innensicht inakzeptabel ist.

"Reul schweigt immer noch zum rechtswidrigen Polizeieinsatz - wir gehen erneut auf die Straße", fasst Bündnissprecherin Gizem Koçkaya die Situation zusammen. "Der legitime und demokratische Protest gegen das geplante Versammlungsgesetz NRW wurde am 26. Juni durch massive Polizeigewalt verhindert. Gleichzeitig wurde die freie Berichterstattung der Presse erschwert. Diesen rechtswidrigen Angriff auf die Versammlungs- und Pressefreiheit können wir nicht tatenlos hinnehmen. Er zeigt einmal mehr, dass der Polizei nicht noch mehr Befugnisse gegeben werden sollten, Grundrechte einzuschränken."

"Wir lassen uns nicht davon einschüchtern, dass das geplante Versammlungsgesetz NRW bereits gegen uns angewandt wurde, bevor es wenigstens ordentlich verabschiedet wurde. Genau aus diesem Grund sollte ein Versammlungsgesetz Demonstrationen und politische Versammlungen vor staatlichen Übergriffen schützen.", ergänzt Bündnissprecherin Lola Münch. Bei der Großdemonstration am kommenden Samstag will das Bündnis erneut seine grundlegende Kritik am Gesetzentwurf von CDU und FDP platzieren. "Wir hoffen, dass wir unsere Kritik dieses Mal dann auch tatsächlich bis vor den Landtag als Ort der demokratischen Entscheidungsfindung tragen dürfen.", so Lola Münch.

Aktuelle Informationen zur Demonstration am 28.08.2021:

<https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/grossdemonstration-in-duesseldorf-28-08>

Hintergrundseite zur Kritik am Gesetzentwurf:

<https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/hintergrund>

6. Ablauf der Demonstration

a. Route

- Rheinpark an den Rheinterrassen (Auftaktkundgebung)
- Cecilienallee
- Klever Straße
- Fischerstraße
- Venloer Straße
- Duisburger Straße
- Vagedesstraße
- Prinz-Georg-Straße
- Duisburger Straße
- Jacobistraße
- Tonhallenstraße
- Oststraße (Zwischenkundgebung)

- Graf-Adolf-Straße
- Graf-Adolf-Platz
- Haroldstraße
- Moselstraße
- Landtagswiese (Abschlusskundgebung)

b. Blockaufstellung

Die Demonstration stellt sich wie folgt auf:

- Erste Reihe
- Anwält:innenblock
- Friedensbewegungsblock
- Lautsprecherwagen 1
- Kampagne Nationalismus ist keine Alternative / Interventionistische Linke
- Antifablock
- Antikapitalistischer / Internationalistischer Block
- Klimablock
- Lautsprecherwagen 2
- Gewerkschaftler:innen gegen das Versammlungsgesetz
- Jugendblock
- Piraten
- Lautsprecherwagen 3
- DIE.LINKE
- Bunter Block mit allen weiteren Teilnehmer:innen

c. Redebeiträge

Auftaktkundgebung

- Klage gegen den Polizeikessel am 26.06. und rechtliche Einordnung des VersG NRW (Rechtsanwältin Anna Busl, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein)
- Perspektive der migrantischen Linken (Young Struggle/ FED-MED NRW)
- Perspektive der Gewerkschaften (Gabriele Schmidt, Gewerkschaft ver.di)

Zwischenkundgebung

- Videoüberwachung (Piratenpartei NRW)
- Angriffe auf Demokratische Organisationen und Rechte (SDAJ/ DKP)
- Feministische Perspektiven (Zora)

Abschlusskundgebung

- Protest und Repression (Rote Hilfe)
- Polizei und Alternativen (Interventionistische Linke)
- Demokratieabbau – eine unselige Tradition (VVN-BdA)
- Klimagerechtigkeitsbewegung
- Jugendorganisationen

d. Hygienekonzept

Es muss bereits vor dem Betreten des Versammlungsortes und während der gesamten Versammlung eine medizinische Maske (OP, FFP2 oder besser) getragen werden. Der Sicherheitsabstand von 1,5 Metern muss in der Sammlungsphase, während den Kundgebungen und in den Demozügen eingehalten werden. Teilnehmenden, welche nicht vollständig immunisiert sind, empfehlen wir, innerhalb von 24 Stunden vor der Demo einen kostenlosen Schnelltest zu machen.

Flyer dürfen aus infektionsschutzrechtlichen Gründen nicht „von Hand zu Hand“ verteilt werden. Sie können an einem zentralen Ort (z.B. Transportkiste) vom Stapel genommen werden oder von Menschen, welche Mund-Nasenschutz sowie Einweghandschuhe tragen und nach Möglichkeit vollständig immunisiert sind oder über einen aktuellen negativen Schnelltest verfügen verteilt, werden.

7. Informationen zum Bündnis, Aufruf & Unterstützer:innen

a. Bündnismitglieder

Das Bündnis "Versammlungsgesetz NRW stoppen - Grundrechte erhalten" besteht zurzeit aus 100 Gruppen. Der Aufruf des Bündnisses wird zudem von zahlreichen weiteren Gruppen unterstützt und hat bereits über 190 Unterzeichner:innen.

Folgende Gruppen sind Teil des Bündnisses:

- AGIF (Föderation der ArbeitsimmigrantInnen in Deutschland)
- Allgemeines Syndikat Duisburg / Ruhrgebiet der Freien Arbeiter*innen Union (FAU)
- Antifa AK Köln (...umsGanze!)
- Antifa Essen West
- Antifaschistische Linke Münster
- Antikapitalistisches Klimatreffen Bonn
- Antirassismus-Telefon Essen
- AntiRRR (Antirepressionsgruppe Rheinisches Revier)
- Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
- Arbeitskreis Versammlungsgesetz stoppen! Aachen
- ATIK (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa)
- attac Bielefeld
- attac Bochum / Occupy Bochum
- attac Düsseldorf
- Aufbäumen
- Aufstehen gegen Rassismus – Aktivengruppe Essen
- ausgeCO2hlt
- Autonome Antifa 170
- AZADÎ
- Bochumer Bündnis Versammlung(verhinderungs)Gesetz stoppen – Grundrecht erhalten
- Bonner Bündnis gegen Rechts (BBGR)
- Bündnis BlockaDO
- Bündnis FC Fans gegen das Versammlungsgesetz
- Bündnis gegen Rechts Paderborn
- Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie
- BUNDjugend NRW

- Deutsch kurdischer Freundschaftsverein Wuppertal e.V.
- DFG-VK Münster
- DFG-VK NRW
- DIE LINKE NRW
- Die Linke.SDS NRW
- Die PARTEI NRW
- Disteln – Antifa Paderborn
- DKP in NRW
- Duisburg stellt sich quer
- Erwerbslosenforum Deutschland
- Essen stellt sich quer
- ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie
- Extinction Rebellion NRW
- FIDEF
- Friedenskooperative Münster
- Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF)
- Frauenkollektiv Köln
- Frauen*streik Bonn
- Fridays For Future Dortmund
- Fridays for Future Wülfrath
- GRÜNE JUGEND NRW
- Humanistische Union – Landesverband NRW
- I Furiosi (Düsseldorf)
- Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt Rheinland
- Internationale Jugend
- Interventionistische Linke Düsseldorf [see red!]
- Interventionistische Linke Köln
- Jugendverband der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF-Jugend)
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
- Kurdischer Frauenverein VIYAN e.V. Wuppertal
- Landesschüler*innenvertretung NRW
- Linksjugend [’solid] NRW
- Linksjugend [’solid] Wuppertal
- Migrantifa Duisburg
- Münsterliste – Bund und international
- Nationalismus ist keine Alternative NRW
- Naturfreundejugend NRW
- Netzwerk Rechtskritik
- No Border Rheinland
- NRW Jusos
- Oberberg steht auf
- Osterholz bleibt!
- Piratenpartei Düsseldorf
- Piratenpartei NRW
- Piratenpartei Herne
- Piratenpartei Wuppertal
- Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV)
- Revolutionärer Jugendbund

- Rote Hilfe e.V.
- Rote Hilfe e.V., Ortsgruppe Bielefeld
- Ruhrjugend
- SDAJ
- Seebrücke Oberhausen
- Siegener Bündnis gegen das Versammlungsgesetz NRW (NoVersGNRWSi)
- SJD – Die Falken, Landesverband NRW
- SKB – Bund Sozialistischer Frauen
- SofA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
- Solidaritätsnetzwerk Köln
- Solidaritätsnetzwerk Wuppertal
- Sozialbündnis Krefeld
- Studierendenkollektiv Wuppertal
- SYM (Socialist Youth Movement)
- Tacheles e.V. / Erwerbslosen- und Sozialhilfverein
- ver.di Bezirk Duisburg-Niederrhein
- ver.di Bezirk Linker Niederrhein
- ver.di Bezirk Ostwestfalen-Lippe
- ver.di Jugend NRW
- ver.di Landesbezirk NRW
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V. (VDJ e. V.)
- Versammlungsgesetz NRW stoppen Bielefeld
- VVN-BdA Landesvereinigung NRW e.V.
- YDG (Neue Demokratische Jugend)
- Young Struggle
- Zora Köln

b. Bündnisaufruf

DEN ANGRIFF AUF DIE VERSAMMLUNGSFREIHEIT ABWEHREN!

Während der pandemiebedingten Einschränkungen plant die schwarz-gelbe Landesregierung einen erheblichen Angriff auf unsere Versammlungsfreiheit. Bereits 2018 hat sie ihre „Sicherheitsagenda“ mit dem rigide in Grundrechte eingreifenden Polizeigesetz verabschiedet. Mit einem Landesversammlungsgesetz für Nordrhein-Westfalen will sie die bisher geltenden Regelungen des Bundesversammlungsgesetzes ersetzen und dabei massiv in unsere Freiheiten eingreifen. Der Entwurf der Landesregierung ist durch und durch autoritär gestrickt: Anstatt polizeiliche Eingriffe strikter Kontrolle zu unterstellen, um damit (rassistische) Polizeigewalt, Einschüchterung und Überwachung zu unterbinden, verkehrt er die zentrale Bedeutung der Versammlungsfreiheit für eine demokratische Gesellschaft ins Gegenteil und muss daher unbedingt gestoppt werden!

Die Versammlungsfreiheit zählt in der parlamentarischen Demokratie zu den zentralen Grundrechten, weil sie es Bürger:innen ermöglicht, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen und Missstände anzuprangern. Demokratie braucht lebendige Versammlungen – die Landesregierung plant mit ihrem Gesetzesentwurf einen Angriff auf die Zivilgesellschaft.

So sollen voraussetzungslos Übersichtsaufnahmen (beispielsweise per Drohne oder Hubschrauber) zulässig sein und unter bestimmten Voraussetzungen auch verdeckte Ton- und Videoaufnahmen. Zudem sollen Anmelder:innen von Versammlungen zukünftig umfangreiche Angaben machen, werden zur Kooperation mit der Polizei gedrängt und müssen unter

Umständen sogar die persönlichen Daten der Ordner:innen an die Polizei übermitteln. Durch die Aushöhlung der Polizeifestigkeit der Versammlung und die Befugnis zur voraussetzungslosen Errichtung von Kontrollstellen kann zukünftig der Zugang zu Versammlungen durch die Polizei erheblich erschwert oder gar unterbunden werden. Allein die Vermutung, dass Personen eine Versammlung stören wollen, könnte ausreichen, dass die Polizei sie und ihre Sachen durchsucht, ihre Identität feststellt und ihnen untersagt, an der Demonstration oder Gegenkundgebung teilzunehmen. Auch antifaschistische Gegenproteste werden durch ein erweitertes Störungsverbot erschwert. Einheitliche Kleidung, wie sie u.a. in der Klimagerechtigkeitsbewegung als Teil des Meinungsausdrucks getragen wird, kann mit dem sog. Militanzverbot kriminalisiert werden. Progressive Ideen, wie z.B. eine Abschaffung des strafbewehrten Vermummungsverbot oder eine unabhängige Beobachtung der Polizeieinsätze finden sich nicht im Entwurf. Auch zentrale Prinzipien der Verfassungsrechtsprechung wurden nicht aufgenommen: etwa ein Deeskalationsgebot, die Ermöglichung von Gegenprotesten in Hör- und Sichtweite und die Pflicht für Zivilpolizist:innen, sich zu erkennen zu geben. Der ganze Gesetzestext atmet Misstrauen gegen Bürger:innen, die ihre Versammlungsfreiheit wahrnehmen.

Was Versammlungsfreiheit praktisch bedeutet, haben 100.000 Demonstrant:innen 1981 bei den Protesten gegen das AKW Brokdorf erkämpft und vor dem Bundesverfassungsgericht anschließend durchgesetzt. Das Verfassungsgericht bezeichnete in seinem wegweisenden Brokdorf-Beschluss Versammlungen als „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“. 40 Jahre später legt die Landesregierung die Axt an diese Grundsätze und verstärkt damit den gesellschaftlichen Rechtsruck. Damit ist der Entwurf ein Angriff auf die Demokratie – also auf uns alle! Dem stellen wir uns trotz aller Unterschiede in unseren Ansichten, Strategien und Aktionsformen gemeinsam entgegen!

Eine Auflistung der über 160 Unterstützer:innen des Aufrufs finden sich hier: <https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/aufruf/unterstuetzerinnen/>

8. Weitere Pressemitteilungen des Bündnisses

Weitere Informationen zu den bisherigen Pressemitteilungen des Bündnisses finden Sie hier: <https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/presse/>